

OESCHGER-ZENTRUM FÜR KLIMAFORSCHUNG

DIE SCHWEIZ HAT IHRE PIONIERROLLE EINGEBÜSST

Das Oeschger-Zentrum versteht Klimaforschung als interdisziplinäre Aufgabe. Einen wichtigen Beitrag leisten in diesem Zusammenhang die Politikwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler. Sie forschen unter anderem zu Fragen der Politikanalyse und Umweltgouvernanz.

TEXT: KASPAR MEULI, OESCHGER-ZENTRUM FÜR KLIMAFORSCHUNG, UNIVERSITÄT BERN

Karin Ingold ist Professorin für Politikwissenschaften und Vizepräsidentin des Oeschger-Zentrums für Klimaforschung (OCCR). Im Interview spricht sie unter anderem über Erfolgsrezepte für eine ambitionierte Klimapolitik.

Karin Ingold, das CO₂-Gesetz ist an der Hürde der direkten Demokratie gescheitert. Gab es in der Schweiz im Umweltbereich bereits andere Vorlagen, die bei einer Referendumsabstimmung abgelehnt wurden?

Das ist eine schwierige Frage, da in den letzten 20 Jahren und wohl auch schon vorher, nicht allzu viele Referenden zu Umweltvorlagen ergriffen wurden. Ich wage aber zu behaupten, dass sich dabei vor allem die Umweltgegnerinnen und -gegner durchgesetzt haben. Bei anderen Vorlagen hingegen, die nur indirekt mit der Umwelt zu tun hatten, kamen Umwelthanliegen durchaus zum Tragen. Sie haben zum Beispiel zu den Erfolgen der Zweitwohnungs- oder der Alpeninitiative beigetragen.

Wirken sich Referenden im Umweltbereich verglichen mit anderen Themen besonders stark als Bremse für fortschrittliche Vorlagen aus?

Referenden werden im Schweizer System ja vor allem von Akteuren und Parteien ergriffen, die ihre Interessen in einer Vorlage zu wenig vertreten sehen. Wenn sie es schaffen, Mehrheiten zu generieren, dann haben es ursprüngliche Vorlagen grundsätzlich schwer. Im Umweltbereich bedeutet das tatsächlich, dass es der ambitionierte Schutz natürlicher Ressourcen oder bedrohter Arten schwer haben.

Wie steht die Klima- und Umweltgesetzgebung der Schweiz verglichen mit anderen westlichen Demokratien da?

Die Schweiz wird international oft als Pionierin angesehen, da sie sehr früh sehr umfassende Gesetzgebungen hatte, vor allem im Gewässerschutz. Sorgenkinder bleiben jedoch die Luftreinhaltepolitik und in jüngster Zeit der Artenschutz sowie der Kampf gegen



KARIN INGOLD

Karin Ingold ist Professorin für Politikwissenschaften und Vizepräsidentin des Oeschger-Zentrums für Klimaforschung (OCCR).

Klimawandel und Biodiversitätsverlust. Die Schweiz ist aktuell also kein Vorzeigeland mehr, was ambitionierten Umwelt-, Klima- und Artenschutz angeht.

Sind die Unterschiede zwischen den nationalen Gesetzgebungen gross?

Sie könnten grösser nicht sein, wie ein aktuelles Forschungsprojekt unserer Gruppe aufzeigt. Einige Länder versprechen etwa unter dem Pariser Klimaabkommen viel, tun sich aber national immer noch schwer. Andere Länder hingegen bleiben international bescheiden, sind aber national durchaus Vorreiter.

Gibt es Erfolgsrezepte für besonders ambitionierte Klimagesetze?

Durchaus. Wir sind über die letzten zehn Jahre in unseren Studien zum Schluss gekommen, dass dafür vor allem zwei Elemente wichtig sind: Einerseits ist es hilfreich, wenn sich die jeweils höhere Instanz positiv für Klimaschutz ausspricht. Dann werden auch tiefere Instanzen, wie bei uns Kantone oder Gemeinden, aktiv. Anderer-



Das CO₂-Gesetz wurde von den meisten politischen Akteuren unterstützt. So auch vom Schweizer Bauernverband. An der Urne wurde es trotzdem abgelehnt. Bild: SBV

seits scheint eine überzeugende Informationsstrategie gegenüber Entscheidungstragenden und der Bevölkerung zwingend. Gerade komplexe Vorlagen wie eine Lenkungsabgabe werden nur unterstützt, wenn sie auch verstanden werden.

Die Klimawissenschaft muss seit längerem zur Kenntnis nehmen, dass sich mit Fakten allein weder Abstimmungen, noch die Herzen der Bevölkerung gewinnen lassen ...

Ich denke, wissenschaftliche Fakten spielen durchaus eine wichtige Rolle. Doch es stellen sich dabei zwei Herausforderungen: Zum einen machen sich alle Lager wissenschaftliche Fakten zu Nutze und legen diese so aus, dass sie mit ihren Ideologien und politischen Wünschen übereinstimmen. Zum anderen fliesst wissenschaftliche Evidenz gerade in der Schweiz vor allem in die Verwaltung und die Ausarbeitung von Gesetzestexten ein. Die ausgearbeiteten Vorlagen werden dann aber im parlamentarischen Prozess stark abgeändert.

In manchen Köpfen geistert die Vorstellung einer grünen Klimadiktatur herum. Sei es als Schreckgespenst oder als letzte Hoffnung angesichts der drohenden Katastrophe. Befasst sich auch die Politikwissenschaft mit solchen Gedankenspielen?

Wir setzen uns tatsächlich mit einer Erneuerung der Demokratie auseinander, wenn auch etwas weniger radikal. Es geht dabei unter anderem um folgende Fragen: Wie kann man nicht gewählten Vertreterinnen und Vertretern im politischen Entscheidungsprozess mehr Gewicht geben, sei es aus Gesellschaft, Wirtschaft oder Wissenschaft? Und: Wie lassen sich Gremien wie Bürgerinnen- und Bürgerräte besser in formale Entscheidungsprozesse integrieren? Es kann nämlich aus einer Nachhaltigkeitsperspektive durchaus sinnvoll sein, Nichtgewählte einzubinden, doch demokratisch legitimiert ist das eigentlich nicht. ■

 AKTIVITÄTEN UND PUBLIKATIONEN
oeschger.unibe.ch

 KONTAKT
kaspar.meuli@oeschger.unibe.ch

u^b
UNIVERSITÄT
BERN
OESCHGER CENTRE
CLIMATE CHANGE RESEARCH

DIE OCCR-GRUPPE «POLICY-ANALYSE MIT SCHWERPUNKT UMWELT» FORSCHT UNTER ANDEREM IN FOLGENDEN BEREICHEN:

Das Projekt «What international negotiators promise and domestic policymakers adopt» untersucht, wann Staaten nicht nur auf internationalen Klimaverhandlungen Versprechen machen, sondern sie im Rahmen nationaler Regulierung auch umsetzen. Das Forschungsprojekt misst die Lücke zwischen Anspruch und Realität speziell in der Klimapolitik mit Hilfe eines neu entwickelten Index. Anschliessend sollen Leitlinien aufgestellt werden, um die Entwicklung eines langfristig ambitionierten Klimaschutzes zu fördern. Für die praktische Umsetzung ihrer Ergebnisse kooperieren die Forschenden mit Partnern wie dem WWF Schweiz, der Internationalen Energie-Agentur und der European Capacity Building Initiative.

Das Projekt «Same, same but different?» vergleicht Politiknetzwerke in Deutschland und der Schweiz, um komplexe klimapolitische Prozesse zu erfassen. Das Spektrum der involvierten politischen Akteure ist gross: von Verwaltung und politischen Parteien über Interessengruppen, zivilgesellschaftlichen Organisationen bis zur Wissenschaft. Diese Akteure interagieren im politischen Prozess in verschiedenen formellen und informellen Arenen. Um die Komplexität, die sich aus der Vielzahl der involvierten Akteure ergibt, besser zu verstehen, werden die relevanten Akteure identifiziert und ihr Verhalten in den verschiedenen politischen Arenen untersucht.

Das Projekt «Strategien zur Anpassung an den Klimawandel in der Schweiz» befasst sich damit, wie sich lokale Strategien zur Anpassung an den Klimawandel entwerfen lassen und wie sie sich weiterentwickeln können. Im Fokus stehen dabei die Auswirkungen extremer Ereignisse auf das Design von Anpassungsmassnahmen und die Akzeptanz von neuen Strategien an Extremereignisse sowie die Anpassungsfähigkeit der bestehenden Gesetze an den Klimawandel.

Demnächst wird das OCCR durch die Forschungsgruppe von Isabelle Stadelmann-Steffen verstärkt. Sie ist Professorin für Vergleichende Politik an der Universität Bern und untersucht die öffentliche Meinung in Klima- und Energiefragen.